

Geheim!
 ...
Abonnementpreis
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1.80 Mk.
 halbjährlich 3.40 Mk.
 jährlich 6.40 Mk.
 ...
Die neue Welt!
 (Anzeigenschein)
 durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.
 ...
 Stephan Nr. 1047.
 Telegramm-Adresse:
 Weltblatt Halle/Sa.

Weltblatt

Inserionsgebühr
 beträgt für die 6 spaltenweite Zeile oder deren Raum 50 Pfennig.
 für monatliche Inserate 85 Pfennig.
 für vierteljährliche Inserate 1.25 Pfennig.
 für halbjährliche Inserate 2.25 Pfennig.
 für jährliche Inserate 4.00 Pfennig.
 ...
Inserat
 für die 6 spaltenweite Zeile oder deren Raum 50 Pfennig.
 für monatliche Inserate 85 Pfennig.
 für vierteljährliche Inserate 1.25 Pfennig.
 für halbjährliche Inserate 2.25 Pfennig.
 für jährliche Inserate 4.00 Pfennig.
 ...
 eingetrag. in die
 Postregisterliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Gegen die Jugendorganisation

(Aus dem Vorwort.)

Nach einem wohlüberlegten Kriegsplan wird und wird der beherrschende Kampf gegen die Jugendorganisationen und gegen alles, was mit ihnen in Zusammenhang gebracht werden kann, organisiert und durchgeführt. Es geht alles nach Wortschrift und nach Anordnung, und die unteren Verwaltungsorgane beschließen, was das in Preußen-Deutschland üblich ist, noch reaktionärer oder — wenn man will — noch aggressiver zu sein, als die oberen anordnenden Organe. Das aber, was die vielfältigen preussisch-deutschen Verwaltungsapparate greift aber selten so zueinander ineinander, wie gerade bei der „Staatsaktion“ gegen die Jugendorganisationen. Es ist eben wie immer war: Wenn es sich um Entzug oder Verkümmern von Rechten oder alten Gewohnheiten handelt, da funktionieren die sonst recht schlichte geübte, Intransigende und rachsüchtige preussisch-deutsche Staatsmenschen tadellos; die vielerlei Arten von Störungen und Betriebsstörungen treten nur dann ein, wenn es sich um geringfügige Verbesserungen oder um Aufrechterhaltung der Volk- und Bürgerrechte handelt. Wie lange dauert es z. B. und wie's noch dauern, bis die geringfügigen Verbesserungen, die das Reichsvereinsgesetz mit sich bringt, dem preussischen Bureaucratismus verstanden und nicht mehr illusorisch gemacht werden!

Um nur einen vollständigen Beweis dafür zu liefern, wie gut der preussisch-deutsche Regierungs- und Verwaltungsapparat funktionieren kann, sobald es sich darum handelt, den Jugendorganisationen das Leben schwer oder gar unmöglich zu machen, drücken wir einige Schriftstücke ab, die uns auf den Schreibtisch geweht sind. Die Betrübe der Dokumente wird in dem ehrsamen Spießer das Gefühl der Sicherheit gegenüber dem gefürchteten „Unsturz“ erneuern, dem aufrichtigen Bürger aber wird die Spämröde ins Gesicht schlagen. Wir geben die Aktenstücke in chronologischer Folge:

Erfurt, den 19. Mai 1906.

Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Wie der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten uns mitgeteilt hat, hatten unlängst einige der Sozialdemokratie angehörige Personen in einer größeren Stadt eine Art Jugendunterricht eingerichtet in der Absicht, den Lehren ihrer Partei schon bei der schulpflichtigen Jugend den Boden zu bereiten. Um diesem Zweck wurden Gesangsübungen mit einer Anzahl schulpflichtiger Kinder herbeigeführt, die in einer Cafeteria abgehalten. Zum Vortrag kamen wieder, welche sozialdemokratische Lehren verfolgten. Im Anblich an diese Gesangsübungen wurden den Kindern Märchen aus einem Märchenbuch für die Kinder des Proletariats vorgelesen. Gegen diese Veranstaltungen ist demnach in geeigneter Art eingeschritten worden.

Nach und in Orten unseres Bezirkes der Versuch gemacht werden sollte, ähnliche Veranstaltungen einzuführen, welche den Zweck verfolgen, die deutsche Jugend mit sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen, so erwarten wir baldigen Bericht.

geg. v. Raßmeyer.

Geheim! Erfurt, den 7. Juni 1906. Der Regierungspräsident.

Zu Ende des Jahres 1904 ist von bekannten Sozialdemokraten in Berlin ein „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter“ gegründet worden, dessen Aufgabe es ist, die jugendlichen Elemente zu geistlich und geistlichen Parteigenossen heranzubilden.

In den Sitzungen wird als Vereinszweck angegeben: die Wahrung der wirtschaftlichen, rechtlichen und geistlichen Interessen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen — und es ist weiter angeführt, daß dieser Zweck erreicht werden soll durch Bewahrung von Reichthum und sonstigen Unterthütungen, Errichtung von Stellennachweiser, Errichtung von Bibliotheken und Veranstaltung von Unterrichtsstunden und Vorträgen.

Durch diese Festlegung der Satzungen hat sich der Verein gegen die Anwendung der Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes zu schützen gesucht. Der Verein besitzt ein eigenes Organ, welches unter dem Titel „Arbeitende Jugend“ monatlich erscheint.

Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft leisten dem Verein offene ihre Unterstützung; gleiche Vereine sind auch an anderen Orten entstanden.

In den folgenden Sitzungen besteht eine ähnliche Organisation der Lehrlinge usw. Diefelbe bezeichnet sich offen als politische Vereinigung. Von einer Verbindung mit der nord-deutschen Organisation ist ferner wegen der Wertheilbarkeit der Vereinsangelegenheiten abgesehen worden.

Auf dem vor einigen Tagen abgehaltenen Parteitag der sachlichen Sozialdemokratie ist die Gründung einer Jugendorganisation auch für das Königreich Sachsen angeordnet worden.

Den Vorstandsmitgliedern werden die Bemerkungen der Sozialdemokraten um die Organisation der Jugend nicht entgangen sein, ich mache dieselben aber nochmals aufmerksam, und veranlasse sie, die künftigen Vereine sorgsam zu überwachen und gegen ihre einschüchternde, wo Verhältnisse gegen das Gesetz nachtheiliger sind.

In dem am 15. September folgenden nächsten Jahresbericht über die allgemeine Lage der Sozialdemokratie ist unter besonderem Abschnitt zu erörtern, ob und welche

Jugendorganisations im vorigen Bezirk bestehen und in welcher Weise sich dieselben selber betätigt haben, sowie ob und wie ihnen von den öffentlichen oder privaten Stellen entgegengekehrt worden ist.

geg. von Fiedler.

Streng geheim! Erfurt, den 10. Juni 1906.
 Der Regierungspräsident.
 Es ist mir erwünscht, mit untrübter Beschleunigung und mit möglicher Benutzbarkeit Angaben zu erhalten über Namen und Wohnort der sozialdemokratischen Agitatoren in führender Stellung, der Vorstände der Agitationskomitees, der Vorstände der sozialistischen Wahlvereine und der Parteifunktionäre, der Arbeitersekretäre, der Verleger, Redakteure und Drucker sozialdemokratischer Presseorgane.

geg. von Fiedler.

Geheim! Berlin, den 6. Oktober 1906.
 Der König.
 Preussische Polizeipräsident.

Eine beträchtliche Anzahl Personen, welche in die Anzeigenschriften haben aufgenommen werden müssen und noch jetzt als Anzeigenschriften geführt werden, entschied sich zum Teil schon seit geraumer Zeit der Kontrolle der Überwachungsbehörden, weil entweder ihr Aufenthaltsort bei der Notierung nicht bekannt war oder weil sie von dem letzten Ort, an welchem sie übernachtet worden sind, sich ohne Angabe des Reiseziels entfernt und dort, wo sie heimlich Wohnung genommen haben, als Anzeigenschriften nicht erkannt worden sind.

Ich gestatte mir in der Anlage ein Verzeichnis dieser Personen zur gefälligen vertraulichen Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen verbunden zu übersenden, mir gef. Mitteilung machen zu wollen, falls eine oder die andere Person im vorigen Bezirk wohnt oder Wohnung nehmen will.

Im Auftrage:
 (Unterschrift unleserlich.)

In den ersten beiden Aktenstücken, in denen indirekt zur Unterdrückung der Jugendorganisation aufgefördert wird und aus denen klar hervorgeht, welchen Urprungs die ungehörigen beherrschenden Akte sind, ist noch interessant, daß je am 16. September ein Jahresbericht über die Lage der Sozialdemokratie „fälligkeit“ ist. Die örtlichen Polizeibehörden müssen den Landräten berichten, und diese geben die Berichte an die Regierungspräsidenten weiter, die sie dann der Landesregierung übermitteln. Bei der bekannten Unkenntnis über unsere Grundgesetze und Anschauungen in den Kreisen dieser Verwaltungsorgane kann man sich ungefähr ein Bild machen von der Zuverlässigkeit dieser „Jahresberichte“.

Die letzten beiden geheimen Aktenstücke, die nur angefügt sind, um zu zeigen, daß wir noch immer unter einer Art Ausnahme gesetz stehen, beweisen, daß das Spießbüchlein überall in „Wüste“ steht. Das letzte Aktenstück betrifft zwar angeblich nur die Anzeigenschriften, aber wir wissen, daß nicht bloß sehr naive Spießer, sondern auch die unteren und oberen Bureaucraten oft keinen Unterschied machen zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus.

Unsere Genossen allerorten werden aus dem Inhalt der vorstehenden Aktenstücke die Lehre ziehen, daß es um Deutschland schlimm bestellt sein muß, wenn Behörden zu solchen Mitteln greifen, um sich zu schützen vor der bei der letzten Reichstagswahl „niedergetretenen“ Sozialdemokratie. Unsere Genossen sollen aus den Aktenstücken auch herauslesen, daß sie gewissen, sich an die Parteiorganisation herandrängenden Personen immer scharf auf die Finger zu sehen haben. Es ist nun mal nicht zu ändern, daß die deutsche Polizeibureaukratie zur Bekämpfung einer auf der geistlichen Entwidlung besternden wirtschaftlichen und kulturellen Bewegung nicht anders als mit dem Büttel und dem Spieß zu arbeiten vermag.

Krakeel nach dem Sturz.

Es genügt den Konservalten nicht, ihren Sturz Bälou aus dem Amt gebracht zu haben. Weil er sich in seinem befreundeten Interview mit dem Chefredakteur des Somburgischen Korrespondenten einige Worte der Kritik an dem treulosen Verhalten seiner ehemaligen Freunde erlaubt hatte, prasselt jetzt täglich in der konservalten Presse ein Hagel von Artikeln und Zuschriften auf ihn nieder, so daß er bald mit Pfeilen gesiegt erscheint wie der heilige Sebastian. Leute, die die jüngste Zeitgeschichte nicht mit erlebt haben, können aus der Behre der konservalten Presse den Eindruck gewinnen, als wäre der gewesene Reichstagsler der gefährlichste aller verkappten Umstürzler gewesen, durch dessen gerade noch rechtzeitigem Sturz das liebe Vaterland den größten Gefahren entronnen ist. Nicht bloß, daß sich dieser Fürst Bälou dem Anarchismus mit Haut und Haar verheiratet habe, nein, seine Krakeel ist sogar direkt nach dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat gegangen, woran keiner mehr zweifeln kann, der in den konservalten Korrespondenz liest.

Fürst Bälou hat in der Sitzung vom 24. Juni die Schlußabstimmungen über die Gewerbesteuer nicht abgewartet, sondern er hat den Reichstag vorher verlassen. Und das

war gut so. Denn wer diese Abstimmung mit erlebt hat, wie die Sozialdemokraten dazu ihre sämtlichen Abgeordneten herbeigezogen hatten, wie sie in jeder einzelnen Abstimmung Mann für Mann für die Erbschaftsteuervorlage des Fürsten Bälou eintraten, dem wird dieses Erlebnis einen unvergesslichen Eindruck hinterlassen haben. Nichts hat so klar wie diese Abstimmung gezeigt, wo hin die Krakeel bei der Besteuerung des Erbschafts der Witwen und Waisen gehen soll. Wir freuen uns, daß der Fürst Bälou es vorgezogen hat, diesen Erfolg, den er bei der sozialdemokratischen Partei errungen hat, nicht persönlich mitzuerleben.

Wie es scheint, hindert ein letzter Rest von Mitleid die Konf. Korresp., die ganze Wahrheit zu sagen. Wichtig ist nämlich, daß nicht Fürst Bälou bei der Sozialdemokratie, sondern umgekehrt die Sozialdemokratie bei dem Fürsten Bälou diesen Erfolg errungen“ hatte. Nicht dem Fürsten Bälou, sondern von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war die Erbschaftsteuerung der direkten Ernte angeht und schon im Jahre 1906 förmlich beantragt worden, sowie sich auch die Sozialdemokratie in den Einzelheiten (s. B. 1895 in Sachsen) sehr lebhaft für diese Besteuerungsumformung eingesetzt hatte. Die Sache liegt also, vom Standpunkt der Konservalten gesehen, für den verabschiedeten Reichstagsler noch viel schlimmer, und das einzige, was ihm in den Augen der Obern und Hohen noch als mildernder Umstand angesehen werden kann, ist die Tatsache, daß er ja die Erbschaftsteuerung gar nicht wirklich und gründlich durchzuführen, sondern sie nur als Vorwand und Verpann für 400 Millionen indirekter Steuern gebrauchen wollte. Das ändert aber nichts daran, daß die Erbschaftsteuer der direkten Ernte an sich eine sozialdemokratische Forderung ist, und zwar eine ausschließlich sozialdemokratische Forderung, die noch 1906 von der Regierung sowohl von den Liberalen und Freisinnigen bekämpft wurde. Die Sozialdemokratie hat daher auch am 24. Juni nicht für den Fürsten Bälou, sondern für sich selber gestimmt.

Uebrigens gehört die ganze Borniertheit und ehrsüchtige Demagogie des oberflächlichen Intermittens dazu, um einem Staatsmann aus der Tatsache, daß auch die Sozialdemokraten für eine seiner Vorlagen stimmten, einen Sturz drehen zu können. Dr. frühere Reichstagsler wird jetzt nach demselben System behandelt, das er zur Zeit seiner Amtstätigkeit geübt und vertriebt hat. Was nicht, um aus der Unzahl der Beispiele zwei, drei herauszugreifen, der Postarzt Schellberg gumpfregelt, weil er in der Stichwahl für einen sozialdemokratischen Anhänger der Erbschaftsteuer seine Stimme abgegeben hätte? Wurde nicht eine Unterzucht gegen den Beher Hansen in Lönning geführt, weil er einem tullen Sozialdemokraten das letzte Geleit gegeben hatte? Warf man nicht dem gemäßigten Bürgermeister Schäding vor, sich an der amtlischen Hag gegen die Sozialdemokratie nicht mit vortheilhaftem Eifer betätigt zu haben? Ganz nach demselben Methode wird jetzt der frühere Reichstagsler demüthigt, auch er ist jetzt in verdächtiger Gesellschaft gesehen worden, auch ihn hat man deswegen aus dem Amt gebracht und hebt ihm auch nach seinem Abgange noch die ganze Meute nach.

Liberal geartete Geister sehen darum in dem Fürsten Bälou schon einen Heiligen und Märtyrer. Selbst ein bekannter zeitlicher Dramatiker, dem die deutsche Literatur von früherer Zeit her einige bedeutende Werke verdankt, hat sich, wo alles telegraphierte, nicht enthalten können, seine Unberührbarkeit eine Widmung zu verneinen, indem er seinen Dichterschwanz über die „letzte Größe des Augenblicks“ ausstreckt und sich dafür — er, Eckhart Hauptmann von Bernhard Bälou — „deutsches Fräulein“ beschleunigen ließ. Leute, die sich gewöhnlich um Politik nicht kümmern, müssen eben aus dem banalsten Gabs, mit dem die Junter den gestügten Reichstagsler hies über sehr politisches Grab hinaus verfolgen, Schlüsse ziehen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Sie glauben, hier wäre ein Mann im Kampfe gefallen, während in Wirklichkeit doch nur ein Diener hinausgenommen wurde, der den gezeigten Anträgen seiner Herrschaft nicht mehr zu genügen vermochte. Im Streit des Fürsten Bälou mit dem aufgeregten Herrn v. Geyherbrand ist einer des andern würdig, da mallet die gerechte Vergeltung, und jeder Schlag, der trifft, ist verdient!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 21. Juli 1908.

Entscheidungen über die liberale Politik.
 Eine außerordentliche hiesige Anklage erhebt der konservalte Reichstagsabgeordnete Dr. Röhrer in der Weitenburger Warte gegen die nationalliberalen Mitglieder der Budgetkommission des Reichstags. Röhrer wendet sich in seinem Artikel gegen die nationalliberale Presse, die dem Konservalten und dem Zentrum den Vorwurf gemacht habe, diese Parteien seien Schuld daran, daß eine weitere Aufhebung der Beamten, als sie in den Kompromißbeschlüssen des Reichstags enthalten ist, nicht durchgeführt wurde. Er wirft den Nationalliberalen und Freisinnigen vor, daß sie weitergehende Verbesserungen nur ge-

Recht hätten, um ein bequemes Agitationsmittel zu haben, und er sagt wörtlich:
„Wie wenig ernst es ihnen selbst mit ihren weitergehenden Anträgen war, wie sehr es ihnen nur auf die Agitation nach außen, nicht auf eine ernste Verwirklichung erfüllbarer Forderungen ankam, geht am deutlichsten daraus hervor, daß sie in der Budgetkommission sich anboten, eines ihrer Mitglieder hinauszuweisen, damit ihre Anträge keine Aussicht auf Annahme hätten.“ Wie wüßten, daß ihre Forderungen von der Regierung unannehmbar seien und hoffen, daß sie auch von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt werden würden. Umso größer war ihre Verlegenheit, als bei der zweiten Lesung ihre Anträge wieder ihr eigenes Verwerfen Annahme fanden und dadurch die ganze Vorlage zu Scheitern drohten.“
Entspricht diese Angabe der Wahrheit, dann ist der „Liberalismus“ des Freiwilligen wieder einmal nadend gezeigt worden. Die Übung; bei doch schon Euzen Richter eine Anzahl freimüthige bei der Abmahnung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes abstimmt, so daß sich eine Mehrheit für die Verlängerung im Reichstage ergab.

Inerenteste Reichstagsarbeiten.

Durch den Schluß der Reichstagsession sind die folgenden in Arbeit befindlichen gesetzgeberischen Vorlagen einfügig geworden:

Gesetzangelegenheit, Arbeitslosgesetz, Entwurf betr. Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Ertrags der Reichsfinanzsteuer, Entwurf betr. Änderung des Strafgesetzbuchs, Strafprozessordnung, Fernsprechgesetz, Entwurf betr. die Herstellung von Zigaretten in der Quarzkristall, Gewerbeordnungsnovelle, zwei Nachtragsentwürfe zum Etat für 1909, eine Reihe von Wahlprüfungen, Petitionsberichte und über 150 Initiativanträge.

Juncker und Wahlrecht.

Eine Wendung eines Kreuzzeitungsartikels über die „zeitgemäßen“ Wahlrechtsreformen, denen auch die Konservativen nicht widerstreben wollten, veranlaßt die Deutsche Tageszeitung zu einem Kommentar darüber, was unter „zeitgemäß“ zu verstehen ist. Dazu gehört: erstens, daß die bisherige Wahlweise einhalten beibehalten wird; denn sie sichert dem platten Lande, d. h. dem Großgrundbesitzer, die Vorkemmerschaft, und zweitens, daß auf keinen Fall die Zahl der Wähler zu entscheiden habe. Herr Oertel gestattet höchstens ein berufsmäßiges Wahlrecht. Am besten aber, so heißt es am Schluß, sei es, wenn gar nicht ist gegeben.

Wir glauben aber, daß die konservative Partei es bedauern würde, wenn die Regierung überhaupt durch Ansuchen der preussischen Wahlrechtskommission bald wieder ein Moment schwerer Verunreinigung in unser politisches Leben hineintragen würde.

Nach zu richten, Herr Reichstagspräsident. Die Juncker und Steuerhinterzieher haben jedoch erst die „schwere Verunreinigung“ der Reichsfinanzsteuer überstanden, durch die ihre jahrelange Staatsbetrügerei ins Licht gekommen wäre — über 60 Milliarden Vermögen hinterziehen nach Professor Delbrücks Berechnung die besitzenden Klassen allein in Preußen der Steuerbehörde — und sie haben nicht Lust, nun schon wieder die „schwere Verunreinigung“ einer preussischen Wahlreform über sich ergehen zu lassen.
Herr Bethmann weiß jetzt, was er zu tun hat.

Der die „Wahlsteuer“ tragen wird.

Die politischen Reaktoren der Zentrumspresse haben, seit das Zentrum im Schnapsstod die Führung hat, die Aufgabe, die sogenannte Finanzreform nach Kräften zu loben und der Zentrumswahlerschaft klar zu machen, daß alles, was da geschieht, wohlgeartet war. Natürlich wurde sowohl in der köstlichen Volkszeitung, wie in der Germania, auch die Talonsteuer als „Wahlsteuer“ gepriesen und deren einstimmige Annahme durch die Zentrumswahlberechtigten als vorkemmerliche Tat belobt.

Der Handelsreaktor der Germania bringt nun aber in Nr. 102 vom 20. Juli unter der Spitzmarke „Talonsteuer und Grundbesitz“ die folgenden Sätze:
„Der Direktor der Preussischen Zentral-Bodenkredit-Affaires-Gesellschaft, Regierungsrat a. D. Dr. Friedrich Schwartz-

Berlin, gibt in einem in der neuesten Landtagsnummer veröffentlichten Artikel sein Urteil über die Wirkung der Talonsteuer auf den Hypothekensmarkt in folgenden überaus gewagten Sätzen ab: Dem hypothetischen Kreditbedarf, welches in Höhe von annähernd 85 Millionen auf die Hypothekensbanken angewiesen ist, steht eine Belastung durch die Talonsteuer in Höhe von 12 Millionen Mark und durch die Effektensteuervermehrung von 20 Millionen Mark gegenüber, das sind 4 Millionen Mark. Um diesen Betrag, wachsend mit der Zunahme der Pfandbriefemissionen, muß sich der Hypothekensmarkt infolge der neuen Steuern bausehr verteuern. Natürlich wird aber infolge dieser steuerlichen Belastung der Hypothekensmarkt auf dem allgemeinen Geldmarkt steigen.“

Und wenn der Hypothekenzinssatz steigt, so steigen die Mietpreise (bei häuslichem Grundbesitz) die Preise der landwirtschaftlichen Produkte) und die kleinen Leute werden die Folgen vorzugsweise zu tragen haben. Trotzdem müssen die politischen Zentrumsfraktionen die neuen Steuern weiter pressen.

Die Kellner sollen es büßen.

Die Kreuzzeitung macht den wahrhaft genialen Vorschlag, das biertrinkende Publikum solle die Steuer, die das Bier verteuert wird, auf die — Kellner abwälzen! Demnach sollen die Brauereien und Gastwirthe, die Steuer noch zu einem Ertragsposten auszunutzen. Demgegenüber rät das konservative Blatt:

„Diesem Gehoren der Wirte gegenüber dürfte das biertrinkende Publikum sich wohl nach einem Schutzmittel umsehen, und dieses müßte wohl darin finden, daß es sich entschließt, fortan den Kellnern kein Trinkgeld mehr zu zahlen, und den Wirten, die jetzt ihre Kellner oft leiblich auf die Tringelder engagieren, es überlasse, den Kellnern ein entsprechendes Gehalt zu zahlen.“

Daß das Trinkgeldeben und -nehmen ein würdeloses Zustand ist, der beseitigt werden müßte, hat die sozialdemokratische Presse lange vor der Kreuzzeitung gesagt. Aber jetzt die Verteuerung des Bieres zunächst einmal den Kellnern aufzuhalsen, die ja doch lange Zeit kämpfen mußten, ehe sie ein entsprechendes Gehalt bekamen, und das alles nur, um die Zufuhrsamkeit von der eigentlichen Ursache der Verteuerung abzulenden, das ist jedenfalls noch viel würdeloser. Es befähigt sich wieder, daß die konservativen Herren gegen nobel sind — aus anderer Leute Taschen.

Steuerzahler in Stadt und Land.

In Preußen wurden im Jahre 1908 rund 273 Millionen Staatssteuern aufgebracht. Daran sind die Städte mit 208, das Land mit 65 Millionen beteiligt. In der Spitze der Städte steht Berlin, das ohne Vorzug 33 Millionen direkte Steuern aufbringt. Der Steuerertrag der Vororte wird mit 16-18 Millionen veranschlagt. Groß-Berlin bringt also rund ein Fünftel der gesamten preussischen Staatseinkommensteuer auf, und Berlin allein bringt mit seinen 83 Millionen dem Staate mehr ein, als die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schleswig-Vollstein und Hohenzollern zusammen. Auch bei der Ergänzungsteuer, der preussischen Vermögenssteuer, bleiben die Städte noch weit dem ländlichen Lande voraus. Das gesamte steuerpflichtige Vermögen in Preußen beträgt 92 Milliarden Mark und liegt gegenüber der letzten Veranlagung eine Zunahme von 9½ Milliarden, das sind 10 Prozent, auf. Hier- von entfallen auf die Städte 53½, auf das Land 38½ Milliarden.

Trotzdem allem unter dem Einfluß der industriellen Entwicklung die Städte das steuerliche Müßiggeld Preußens darstellen, herrschen in der Verwaltung und in der Gesetzgebung die Juncker, die diese Position in agrarischem Interesse und gegen die industrielle Entwicklung ausnutzen.

Gegen den Zwitwacher.

Nach in Köln der rheinische Provinzialverband des Zentralverbandes der Wä d e r i n n e n a u s d e u t s c h l a n d s Stellung. Nach einem Reskript von Bernardus (Berlin) nahm man einstimmig eine Resolution an, in der es heißt:

Der Verbandstag der rheinischen Wä d e r i n n e n gibt bei der Beratung der gegenwärtigen hohen Getreidepreise seinem Bedauern Ausdruck, daß bei der im deutschen Reichstage er-

folgten wiederholten Entschärfung der Weizenbegrenzung und die die agrarischen Interessen vertretenden Reichstagsparteien es abgelehnt haben, Maßnahmen zum Schutze des schwer bedröhten Weizenanbauers sowie der Wä d e r i n n e n und industriellen Bevölkerung zu schaffen. Der Verbandstag empfiehlt daher allen Wä d e r i n n e n im Interesse ihrer Selbsthaltung auf das eindringlichste, bei ihren Abgeordneten vorstellig zu werden, damit sie für die unbedingte Befestigung des Systems der Weizenbegrenzung eintreten und jede weitere Belastung des Weizenanbauers mit Bösen und sonstigen Abgaben ablehnen.

Die Resolution hatte in ihrer ursprünglichen Fassung gefordert, daß die Wä d e r i n n e n bei künftigen Reichstagswahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben, die für diese Forderungen eintreten. Für diese Forderung erhoben sich aber von den über 200 Delegierten nur 20. Die Wä d e r i n n e n wollen also auch künftig die Weizenproduzenten unterstützen.

Seuf-Soldaten.

Der nationalliberale Seberlöning von Worms, der Freiherr v. Sehl, der sich der Abstimmung über die Gebührenssteuer entzogen hatte und aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausschied, hat sich, wie schon berichtet, am letzten Sonntag in seinem Wahlkreise für seine reaktionäre Haltung ein „Vertrauensvotum“ geholt, dessen Wache in der liberalen Presse mit Recht sehr kritisiert wird. Es wird bei u. a. auch hervorzuheben, daß von den 500 anwesenden Vertrauensmännern nicht weniger als 250 bis 300 aus der Partei abkommandierte Arbeiter gewesen seien, von denen einer sogar nach der Versammlung freisprechend erklärte:

„Was möchte Se, was ich von der Volkheit verlief. Immer, wenn man in's Herr Heyle schafft, muß man doch antun, was uns' Herr will.“

Der Sohn, mit dem die nationalliberale und seufstige Presse diesen schändlichen Mann aus der „Reichstags“ abschiebt, ist nur allzu verdient. Es ist eine Schande für die Arbeiterschaft, daß es noch immer Kaufleute und Übergeleitene von Arbeitern gibt, die zwar von „Volkheit“ nicht verstanden, weil sie kein Arbeiterblut lassen, aber dann doch als Vertrauensmänner und Wähler ihrer Unternehmer figurieren. Auf diese Weise ist bei den letzten Wahlen eine ganze Reihe national-liberaler Geschäftsmänner in den Reichstag gelangt. Mögen die Arbeiterwähler, die bei Reichstagswahlen das Lied des Herrn singen, dessen hartes Brot sie essen, bedenken, daß sie dafür von den bürgerlichen Politikern selbst nur verachtet werden, und mit Recht!

Deutsches Reich.

— Reichstagsberatung. Am 2. päpstlichen Reichstagswahlkreis Bauau-Neußadt kam gestern die Reichstagsberatung für den verstorbenen Abg. Schellhorn (natl.) statt. Gemalte Zahlen sind noch nicht genehmigt, doch findet während der Sitzung (natl.) und D u b e r (Soz.) S i c h i n g a h l statt.

— Liberale Treue. In einer zahlreich besuchten liberalen Versammlung erkrankte Professor Dr. Heinrich Bericht über den nationalliberalen Delegierten. An den Fürsten Bülow wurde nachstehende Depesche gefandt: „Mehrere hundert zur Erörterung der Lage vereinigte liberale Männer entschieden Eurer Durchsicht in dankbarer Treue deutsche Gruß.“

Die liberale treue deutsche Seele verherrlicht schon denjenigen, der einige liberal anstingende Worte macht, ohne eine einzige liberale Tat zu begehen.

— Weitere Rebellion im konservativen Lager. In Schweidnitz in Schlesien, im Wahlkreise des konservativen Führers Herrn v. Richthofen, hat eine stark besetzte konservative Versammlung ihrem Abgeordneten ihr Mißbilligung für seine Zustimmung bei der Reichsfinanzreform ausgesprochen. — Im Wahlkreise Anklam-Deemin hat der konservative Reichstagsabgeordnete Graf von Schwerin-Bülow die Opposition dadurch vorgubezogen, daß er einem Vertrauensmann seiner Partei ein Interdikt gewährte. Darin sagte er, daß er geglaubt habe, Bülow würde die Konsequenzen seines Mißtritts nicht ziehen; er habe nicht unterlassen, dem Kanzler wenigstens noch davon Kenntnis zu geben, eine wie entscheidende Bedeutung seinem Verbleiben im Amte im Wahlkreise Anklam-Deemin beigegeben wird.

denen, daß sich alles mit Gewalt zu den Waffen bränge. D nein! Wer davon loskommen konnte, tat es gern.
Diese Drückerberger waren wahrheitsgemäß die geschätzten Elemente, die voraussehen, daß sie nur das Joch der fremden Tyrannen abschütteln helfen sollten, um sich dafür das Joch der losragenden angestammten Tyrannen bald drückender auf den Nacken zu laden.

Humor und Satire.

Die meschuggene Ente.

Ein lustiges Buch voll unfeinwilligen Humors ist eben bei Gg. Müller in München erschienen: „Die meschuggene Ente, die 200 unglückten Enten, die im Blätterwald deutscher Zeitungen unfeinwillig ausgebreitet worden sind. In Freiheit dieiert und vorgeführt von Felix Schömp.“ Wir geben aus der Fülle der Schatzkammerentwürfe und Skizzen die folgenden wieder:

Das Schlammbad.

„Bürgermeister Graef leg den Kollegen den Dred in der Diertortstraße warm ums Herz.“
Berliner Anzeigenblatt Nr. 3682.

„Ach, ein Fahrhater er's getragen...“
„daß je ein Name nicht im in Hamb alle Jahre gewechselt werden kann.“
Giesinger Anzeiger 1906.

Der Schuß.

(Aus einem Roman von Heinrich Drimann. 44. Fortsetzung.)
„Denn wir brauchen nicht an einen menschlichen Schuß aus dem Hinterteil zu glauben, wie die Herren vom Gericht, die mit so viel Weisheit und Eifer bei der Untersuchung sind.“
Hofstadter Zeitung 1900.

„In der Kammer auf dem Bettlage gebrochene Mutterherz und flüsternde unaufhörlich den Namen Karl vor sich hin.“

Treffurter Nachrichten 1906, Nr. 120.

Wä d e r i n n e n .

„Wollen Sie heiraten oder sonst ein schönes Stück Möbel von billigen Preis kaufen, so besuchen Sie Wosbruggers Witten- und Möbelfabrik.“
Gätschelder Woten Nr. 114.

„Aus: Der Gemeindevater“ von M. Gilsbott.
„Eugen hüßte sein Herz klopfen... Kämpfen um sie bis zum letzten Augenblicke.“
Schwabenwä d e r Kreiszeitung 1906, Nr. 25.

Kleines Feuilleton.

Bündholzfäher.

Ich hab' mir's allerdings seit langem Gedacht: ein Ende nimmt der Stolz!
Wir sind zu äppig umgegangen Mit dem bewußten Schwelchholz!
Wie? Spielten wir nicht schon als Kinder Damit, so oft es eben ging?
Und schädigten als Vorkämpfer Die Mobilarverheerung?
Wie? Vrannten wir nicht Zigaretten, Zigaretten, Pfeifen damit an,
Als ob wir Bündholzfäher... r hätten?
Als lag an ihnen nichts daran?
Gedach's nicht, daß wir uns bedienten Des Ulan-svald-och-tosor,
Sogut, um Lampen anzuzünden?
Und Pfeifener, wenn uns froh?
Ja ja! So hat man sich benommen! Doch jetzt, gutob, der Wä d e r i n n e n Der Juncker und der Wä d e r i n n e n Und brachen: So was gibt's nicht mehr!
Das Bündholz muß verteuert werden! Denn nicht, daß allquidie Erde Ist nur gefährlich hier auf Seiten — Und wir, die Guten, brauchen nicht.

Vom Streichhölzer.

Die Streichhölzer, die dem deutschen Volke jetzt durch den päpstlich-junkerlichen „schwarzen Wald“ um nicht weniger als 150 Prozent verteuert werden, sind eine vor achtzig Jahren noch unbelannt gewesene Erfindung. Im Jahre 1828 erlangte sie in seiner Heimat ein auf dem Höhenberg in Württemberg hiesiger politischer Gefangenener nennens Kammerer, doch wurden sie in der ersten Zeit als feuergefährlich verboten!
Zu jener Zeit, ja noch bis vor fünfzig Jahren, herrschte in den deutschen Familien und Werkstätten noch das „Pfeiferfeuer“, das in einem handlichen Weckstein bestand, der durch innere Scheidewände geteilt, einen Feuerstein, Stahl, Bündholz und Schwefelköpfe enthielt. Man schlug mit Stahl und Stein so lange über dem Bündholz herum, bis dieser einen der Funken aufnahm und dann weiterkamen. Dieser Funke wurde dann angeblasen, und mit seiner kleinen Flamme wurde der Schwefelkopf in Brand gesetzt, mit dem dann die damals noch herrschende Oellampe oder ein Steinpan zum An-

machen eines Feuers angezündet werden konnte. In Werkstätten, zum Beispiel bei Schmiedern, wurden sehr feine Sichelspane statt Bündholz verwendet, indem man diese in einem kleinen Kasten in Brand setzte, dann das Feuer erlöschte und so eine Art allerfeinster Holzstaub herstellte, die dann bei guter Verschaffenheit gleichfalls durch Stein- und Stahlfunken in Entzündung versetzt und zu weiterer Verwendung angeblasen wurde.

Nebenbei tauchten auch die sogenannten Stippflügel auf, die mit einem chemisch präparierten Ende in eine mit Bündholzfäher gefüllte Fläche gehoben wurden und dann beim Herausziehen in der atmosphärischen Luft sofort Feuer fingen. Doch bedachten Vögel und Flachswebst, leicht. Es war daher kein Wunder, daß später die Phosphorstreichhölzer, die sich auf jeder Verschleißfläche ohne weiteres anzünden ließen, schnell in Aufnahme kamen. Sie verdrängten auch die schon 1848 von Wölter erfindenden Hölzer, die sich wie die heutigen Schweden nur an einer bestimmten Streichfläche entzünden ließen. In den Zigaretten, wo man zur Beleuchtung noch Oellampen und Leuchtlichte hatte, fanden Stippflügel von Papier oder Holz (kleines Holz) zum Anzünden der Zigaretten auf den Fischen, und auch in der Hauswirtschaft wurde der Stippflügel so weit wie möglich zur Erparung der Streichhölzer benutzt, selbst als diese schon mehr im Gebrauch waren. Es gab Schachteln zu 3, zu 6 und zu 12 Pfeifern, von denen die ersten etwa 50 und die letzten etwa 100 Streichhölzer enthielten, die Schachteln mit vier auf dem Deckel eine raube Fläche zum Anzünden der Hölzer auf.

Ob durch die jetzige unerhörte Verteuerung der Bündhölzer das alte Pinsel- oder ein sonstiges Feuerzeug wieder in Aufnahme kommen wird, ist fraglich; doch wird der erhöhte Preis gewiß in vielen Familien einen bespameren Verbrauch der „Wä d e r i n n e n -Streichhölzer“ herbeiführen, so daß der Steuerertrag gewiß nicht so erheblich sinken wird, wie die Regierung sich ausgerechnet hat.

Die Kriegsbegeisterung von 1813.

Der König tief und alle, alle kamen! Das war bislang die Schablone, in der die allgemeine Kriegsbegeisterung des Jahres 1813 in Preußen dargestellt wurde. Nun läßt es sich nicht leugnen, daß das preussische Bürgerium, verlockt durch die auf eine liberale und konstitutionelle Zukunft hinweisenden Versprechungen des Königs, von einem patriotischen Eifer erfüllt wurde, aber daß es mit dem „alle, alle kamen“ seine Daten heute zeigt eine Stelle in den Jahren vorläufigen Lebenserinnerungen des Generalleutnants Friedrich Karl von Schmidt, damals Hauptmann im Kolbischen Infanterieregiment, schreibt nämlich über die Lage der Mobil-

machung:
Mit größter Tätigkeit ward überall an der Komplettierung und Ausstattung des Kriegesbettes gearbeitet und eine Menge neuer Wallonen errichtet. Zwar muß man sich

Sozialdemokrat. Verein Kretzschau

Samstag, den 25. Juli abends 8 Uhr im Vereinslokal
Versammlung

Trebnitz. Trebnitz.
 Sonntag, den 25. Juli er., nachmittags 2 Uhr
 in Döttgers Lokal:

Gewerkschaftsfest
 verbunden mit Kinderbetätigungen, Preislosgeln, Blumenverlosung sowie Betätigungen aller Art.
 Punkt 8 Uhr Umzug durch den Ort, abends 10 Uhr
 Fackel-Polono. Der Festleiter.
 Ohne Karte kein Zutritt. Kameraden auswärtiger Zählstellen legitimiert Mitgliedsbuch.

Donnerstag Große Mondscheinfahrt Donnerstag
 d. 22. Juli 09 d. 22. Juli 09

auf dem festlich illuminierten Salondampfer „Fregate“
 nach **Röppzig** und zurück.
 Haltepunkt: Rabeninsel, daselbst Konzert.
 Abfahrt 9 1/2 Uhr vom Unterplan.
C. Schröpfer, Unterplan.

„Freie Radler“, Zeitz
 Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
 Sonntag, den 25. Juli, nachm. 4 Uhr auf der „Wilhelmshöhe“
Stiftungsfest
 verbunden mit Korsefahrt, Preislosgeln, Blumenverlosung und Ball.
 Hierzu laden wir Freunde und Gönner sowie die anständigen Sportgenossen freundlich ein.
 — Ohne Karte kein Zutritt. — Der Vorstand.

Arb.-Turnver. Zipsendorf.
 Sonntag den 25. Juli von nachmittags 3 Uhr an
Stiftungsfest

verbund. mit Festzug, Schauturnen, Konzert u. nachfolgend. Ball.
 Hierzu ladet die organisierte Arbeitergesellschaft sowie Freunde und Gönner der freien Turnhalle herzlich ein.
 Der Turnrat.

Arb.-Radfahrer-Verein Rössulin
 (Mitgl. d. Arb.-Radf.-Bund. Solidarität)
 Sonntag, den 25. Juli, im Gehöf der
 Witwe Hiltorf
Stiftungsfest
 bestehend in Blumenverlosung, Preislosgeln und BALL.
 Nachm. 4 Uhr: Korsefahrt durch die Ortschaften Rössulin u. Köpsen.
 Alle Radvereine sowie die Arbeitererschaft von Rössulin und Umgebend werden hierzu nochmals herzlich eingeladen.
 Der Vorstand.
 Das Lokal steht der Arbeitergesellschaft zu Verfügung zur Verfügung.

Turnverein Göbitz-Massnitz.
 (Mitgl. d. Arb.-Turnerbundes)
 Sonntag d. 25. Juli im neuen Saale d. Gasthofs zu Göbitz
BALL.
 Hierzu sind Freunde und Gönner des Vereins ergebenst eingeladen.
 Der Vorstand.
 Anfang 6 Uhr.

Moden-Zeitungen III. Quartal 1909.

Die elegante Mode	pro Quartal 1.75 Mk.
Große Modenzeitung	1.50
Die Modenwelt	1.25
Deutsche Modenzeitung	1.15
Dies Blatt gehört der Hausfrau	2.55
Wöchentliche Zeitschrift	1.05
Große Modenwelt	1.00
Mode und Haus (mit Kolonat)	1.25
Mode und Haus (ohne Kolonat)	1.00
Kindergarderobe	0.60
Wäschezeitung	0.60
Große Kindermodenwelt	0.75
Stille Modenwelt	0.50
Frauen - Zeitung	2.10
Frauenfleiß	0.75
Centralblatt für Moden	0.75
Pariser Moden	1.30
Wiener Moden	2.50
Wiener Mode	2.50
Blusen-Album	jährlich 12.00

und viele andere.
 Da bereits von mehreren Moden-Zeitungen, wie Kinder-garderobe, Wäschezeitung, Frauenfleiß und Kleine Modenwelt die letzten Nummern erschienen sind, erübrigen wir um rege Bestellung am Ankommen des III. Quartals.
Bestelltafelbestelltes wird weiter geliefert.
 Neue Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen, alle Aus-träger des Volksblattes und der Volksbuchhandlung.

„Kleine Raffe“
 Zigaretten Nr. 25, à Stück 2 1/2 Pfg.
 Feinste Qualität. Garant. Handarbeit.
 Im Spezialgeschäften zu haben.

Blusenkasten
 Leichter Reisekoffer für Blusen etc. — Sehr billig. —
c. F. Ritter.

Sozialdemokratischer Verein Weissenfels.
 Bis zum 30. d. Mts. liegt die Wahlzettel zur Stadt-verordnetenwahl im Rathaus, Zimmer Nr. 12 auf.
 Alle Arbeiter-Wähler sollen Einsicht in dieselbe nehmen und event. ihre Eintragung beantragen. — Für diejenigen, die keine Zeit oder Gelegenheit haben dies zu tun, liegen Eintragungslisten auf bei:
Oskar Schmidt, Volksbuchhandlung, Klosterstraße, Schachmacher-Büro
 und in den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins.

Germania-Biere
 sind hochfein im Geschmack und bestbekömmlich,
 gelangen daher in vielen der besten und besuchtesten Restaurants zum Ausschank.
 Vereinigte Brauereien Germania, G. m. b. H., Kulle-Döllnitz.

Einmachegläser
 Literinhalt ca. 1/4 1/2 3/4 1 1 1/2 2
 4 6 8 10 12 18 Pf.
 Literinhalt ca. 3 4 5
 28 35 40 Pf.

Einmachegläser
 mit Patentverschluss
 Literinhalt ca. 1/2 3/4 1 1 1/2 2
 28 33 38 48 55 Pf.

Einmachetöpfe
 48 35 28 16 Pf.

Pergamentpapier Meter 8 Pf.
Nussbaum,
 Halle a. S.

Erstlings-Wäsche
 Wagendecken, Steppdecken, Wagenkissen, Kinderkleidchen, Kinderhübschen, Ueberzieh-Jäckchen u. s. w.
 Anerkannt beste u. billigste Bezugsquelle, eigene Anfertigung.
Adolf Mandelik, Halle a. S.,
 Alter Markt 3, Benkwitz Nachf.

Achtung!
 Intelligente, achtbare Personen jeden Standes, denen ernstlich daran gelegen ist, sich eine gute, von Jahr zu Jahr steigerrungsfähige Nebeneinkunftsquelle zu schaffen, um dadurch ihr Einkommen zu erhöhen, wollen ihre Adresse umgehend unter B. F. 6277 an Rud. Mosse, Halle a. S. einreichen.

Künstliche Zähne,
 Plomben, Stützähne, Reparaturen etc.
Willy Muder, am Leipziger Turm.
 Zahnarzt: Neue Promenade 18, Ecke Leipziger Strasse.
 Zahlreiche Anerkennungen. — Teilzahlung. — Telefon 3483.

Blinddruck in den schönsten
 Format von 37 1/2 an
 Barckenhemden, gew. f. Männer von 1.25 an
Sommer-Normalwische
 Elsasetz-Normden
Chemists
Krawatten
 Rosenfrüher
 zu überbilligsten Preisen
 empfiehlt
M. Gotthell,
 Gr. Klosterstraße 9.

Apollo-Theater
 Operetten-Sommer-Saison.
 Dir.: Gustav Poller.
 Heute, Mittwoch, d. 21. Juli:
 Zum 1. Male:
„Vera Violetta.“
 Gaubville-Operette in 1 Akt
 v. Leo Stein
 Musik v. Edmund Kysler.
 Besetzt:
„Die schöne Galathee“
 Opette in 1 Akt v. Rolly Denton.
 Musik v. Franz v. Suppé.
 Donnerstag, 22. Juli, 2. Abende:
„Vera Violetta.“
 Heute:
„Die schöne Galathee.“

Photographisches Atelier
 und Vergrößerungs-Anstalt
Samson & Co.,
 Poststr. 9/10, Halle a. S., vis-à-vis dem Kaiserdenkmal.
 Unwiderlich Schluss der Vergrößerungs-Zugaben
 am Sonnabend, d. 31. Juli ds. Js.

Der Kinder Liebstes
 und gefundenes Getränk sind Fruchtlimonaden, die aus Dittels Fruchtstump-Extrakt selbstbereitet sind und das volle natürliche Aroma reifer Früchte enthalten. Die beliebtesten sind **Gumbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Limette, Orange, Apfels, Orangensaft, Feigen** etc. und gibt jede Flasche bei überaus einfacher Zubereitung 5 Pf. feinsten Limonadensaft, dessen reiner, würdiger Fruchtgeschmack und Billigkeit überaus beliebt. Ein Hund stellt sich für und fertig nur auf etwa 25 Pf., wodurch es jeder Familie möglich ist, täglich köstliche Limonaden, Bindungs- und Stimmers zu genießen. Originalflasche zu 75 Pf. Vergrößerungsblätter zur Größe 1/2 Blatte 40 Pf. Für mangelnder Nach-abnahmen wird dringend gewarnt, man nehme ausschließlich die bewährte **„Marie Theres“** von **Otto Reiche, Berlin 50.** — Verlangen Sie sofort kostenfrei: **„Die Bestimmung im Haushalte“**, ein wertvolles, reich illustriertes Buch mit über 150 erprobten Rezepten.
 Niedrigen in Halle und Umgebend in allen guten Drogerien, hienütlich durch meine Schlichter.

Weissenfels.
Zigaretten, Zigaretten
 in nur vorzüglicher Qualität.
Willy Janocke,
 — Leipzigerstrasse 41. —
Brossen.
 Sonntag, d. 25. Juli er.:
Kirschfest
 verbunden mit **Enten-Auskegeln** und großer **Karussell-Fahrt.**
 Hierzu ladet freundlich ein **Erwin Poller.**

Pfaffenspiegel!
 Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-kathol. Kirche.
 Geb. 4.00, jetzt 3.50.
 Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung**
 Harz 49/48.

Schönheit
 verleiht ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiche, lammeide Haut u. blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt **Stackepferd-Limonade-Salbe**
 Dr. Bergmann & Co., Radobrunn a. S. 20 Pf. In Halle: **Helmbold & Co.,** Leipzigerstr. 104, **Max Holländer, Alter Markt 4,** **Ernst Jentsch, Leipzigerstr. 31,** **O. Kramer, gegenü. d. Glasb. Kirche,** **Carl Kötter, Schillerstr. 24,** **G. Osswald, Markt, Schillerstr. 24,** **F. A. Pats, Gr. Ulrichstr. 6,** **L. Richter, Leipzigerstr. 66,** **Schwaben-Drog., Die Poststr.,** **Willy Walter, Lindenstr. 65.**
 In **Stettin** in **Frankfurt a. M.**

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 168

Halle a. S., Donnerstag den 22. Juli 1909

20. Jahrg.

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. d. Saalkreis.

Donnerstag, den 22. Juli, abends 8½ Uhr, im großen Saale des „Volkspark“

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Schriftsteller Max Grunwald-Berlin.
2. Die Erhöhung der Bierpreise und unsere Stellung hierzu.
3. Woran liegt es, daß die Ersatzwahl zum Reichstag noch nicht ausgeschrieben ist?
4. Vereinsangelegenheiten.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Volksbetrüger.

Einige lehrreiche Ausgrabungen, durch die die unerhörten Verbrechen des Zentrums betriebläßig nachgewiesen werden, veröffentlicht unter Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung. Aus einem allgemeinen Flugblatt des Zentrums zur Reichstagsersatzwahl 1907, gedruckt im Verlage der Germania:

„Wenn die uferlose Nationalpolitik fortgesetzt, brauchen wir mindestens 100 Millionen Mark neuer Steuern. Woher diese nehmen? Im Frühjahr 1906 hat das Zentrum es verstanden, daß die breiten Volksschichten die Hauptlast zu tragen haben. Aber im Jahre 1907 wird es anders, wenn Sozialisten und Nationalliberalen fliegen. Sie haben schon erklärt, daß die einen beim Bier, die anderen beim Tabak gern höher in der Steuer gegangen wären, aber das Zentrum ist nicht mitgegangen. Darum: Hässel! Euch bist hier nur in einer harten Zentrumsfraktion liegt die Garantie, daß nicht der kleine Mann unerhöht bluten muß.“

Im Jahre 1909 bewilligt das Zentrum nicht 100, sondern 400 Millionen neuer Steuern auf den Massenverbrauch!

Aus einem Flugblatt der Kölner Zentrumspartei zur Reichstagswahl 1907:

Und welche Garantie bietet ein Liberaler, daß die Rechte der Klasse der Kolke vor neuen Steuern bewahrt wird? Wenn der Bundesrat, wie bestimmt zu erwarten steht, mit neuen Steuerforderungen kommt, dann greift er naturgemäß auf die bei der Reichsfinanzreform abgeleiteten Projekte zurück, er wird eine neue Bier- und Tabaksteuer vorschlagen. Die Nationalliberalen sind dafür sofort zu haben. Was das Zentrum seit 1870 mit Erfolg verhinbert hat, bricht dann über das Volk herein: eine Steuerwelle neuer indirekter Steuern! Wer danach Verlangen hat, der gehe hin und wähle liberal!

Die Steuerwelle indirekter Steuern hat das Zentrum im Jahre 1909 mit Garra bewilligt!

Aus einem Flugblatt des Volksvereins für das katholische Deutschland, erschienen 1897:

„Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo der jetzige Zolltarif einer Revision unterzogen werden wird; dann wird das Zentrum nicht beschließen, bestehende Zölle zu befestigen und höhere zu fordern, das heißt dies mit dem Schutze der heimischen Produktion, insbesondere der Rindviehzucht, verbunden ist, die Verbrauchsartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet und die der Genußgüter, dem Brum und Luxus dienenden Gegenstände härter heranzuziehen werden.“

Wenige Jahre darauf steht das Zentrum dem Wuchertarif durch. Im Jahre 1909 befaßt es wiederum die Verbrauchsartikel der Armen!

Aus einer Rede Ergbergers am 12. Oktober 1908 in Köln:

„Die Masse dieser neuen Steuern soll aufgebracht werden durch Belastung des Arbeiters und Mittelstandes. Ich glaube nicht, daß die Zentrumsfraktion die Hand reicht, um diese große Last dem Arbeiter und Mittelstand aufzuliegen. Die neue Reform ist in der Hauptsache eine Mittelstandsfrage. Da muß sich zeigen, wer für den Mittelstand eintritt. Durch eine höhere Belastung von Wein, Bier und Tabak schädigen wir die Industrie und den Arbeiter. Eine Reform der Branntweinsteuer ist absolut notwendig; ihre Ausgestaltung als Verbrauchssteuer mit Entlastung bringt wenigstens 100 Millionen mehr ein; 44 Millionen geben ein die Abschaffung der sogenannten Liebesgaben, 20 Millionen durch Vereinfachung der Erhebung.“

Wenige Monate darauf bewilligt das Zentrum diese ungeheure Belastung des Mittel- und des Arbeiterstandes und ermöglicht die Reichshebung der Liebesgabe!

Aus der Broschüre: „Die Steuerpolitik des Zentrums“ (Verlag des katholischen Volksvereins, erschienen 1908):

Zur Zuckersteuer: „Das Zentrum hat wiederholt beantragt, diesen Ausnahmeregulierungen (des Kartellgesetzes) ein Ende zu machen und dafür die Zuckersteuer im allgemeinen weiter herabzusetzen. Die Sozialdemokraten haben

jedoch im Bunde mit den östlichen Junkern und Liberalen eine solche gerechtere Verteilung der Steuerlast verhinbert und auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß sie stets dem Kapitalismus die Steigebügel halten.“

Die Regierung wollte 1909 die Zuckersteuer um 35 Millionen ermäßigen, das Zentrum und die östlichen Junker haben das verhinbert!

Aus der gleichen Broschüre:

Zur Tabaksteuer: „Im Winter 1894-96 wurde ein neuer Gesetzentwurf für die Tabakfabriksteuer vorgelegt, welcher immer noch eine Verbrauchsbelastung von etwa 40 Millionen Mark jährlich herbeigeführt hätte. Auf diese Beschlüsse ist lebhaft die Zentrumspartei zu bedanken. Auch im Jahre 1906 wurde die Erhöhung der Tabaksteuer auf Antrag des Zentrums wieder abgelehnt. Das erste Merk einer liberalen Konfession der Kartellmehrheit wird die Verboppelung der Tabaksteuer sein. Das Zentrum hat bei Gelegenheit der Ablehnung der Tabakfabriksteuer in den Jahren 1899-04 und 1894-96, die ihm die heftigsten Angriffe seitens der liberal-konserverativen Kartellparteien zugeführt, daß es die Interessen der weiten Volksschicht zu wahren weiß, ohne Rücksicht auf Günst und Ungünst zu obden.“

Im Jahre 1909 beschließt das Zentrum mit den Konserverativen eine Erhöhung der Tabaksteuer um 45 Millionen Mark.

Aus der gleichen Broschüre:

Zur Biersteuer: „Das Zentrum hat die weitest größte Verbrauchsbelastung aller Branntweine auch diesmal (1908) vor der Steuererhöhung bewahrt. Der Verbrauch der Arbeiter hat sich (vom Branntwein weg) mehr dem geküßelten, billigeren, nahrhafteren Bier zugewandt, noch als ein Segen für die selben zu betrachten ist und der Zentrumspartei von jeder ein Grund war, gegen eine höhere Biersteuer einzutreten.“

Im Jahre 1909 beschließt das Zentrum eine Erhöhung der Biersteuer um 100 Millionen Mark!

Aus der gleichen Broschüre:

Zur Branntweinliebesgabe: „Wegen die mit der Branntweinsteuer verbundene sogenannte Liebesgabe, welche die Liberalen und Konserverativen im Jahre 1887 bei Annahme des Branntweingesetzes durchsetzen verstanden haben, hat sich das Zentrum wiederholt mit aller Entschiedenheit ausgesprochen und deren Beseitigung verlangt, zuletzt noch im Frühjahr 1906 gelegentlich der Finanzreform. Die liberalen und konserverativen Branntweineinnehmer erfreuen sich jedoch so großer Protektion, daß alle Anstrengungen, den Umfang der Branntweinliebesgabe abzuschnappen, bisher vergeblich gewesen sind.“

Im Jahre 1909 beschließt das Zentrum und Konserverative die Bewilligung dieser Liebesgabe (mindestens 48 Millionen Mark jährlich).

Aus der gleichen Broschüre:

Zum Kaffeegoll: „Im Jahre 1887 hat im Jahre das Zentrum mit der linken Seite des Reichstags für die gänzliche Aufhebung des Kaffeegolls, um einen Ausgleich für die Erhebung der Branntweinsteuer herbeizuführen; leider vergeblich, die Kartellmehrheit des „Septennarsreichstags“ brachte aus diesen Antrag zu Fall.“

Im Jahre 1909 beschließt das Zentrum eine Erhöhung des Kaffe- und Teezolls um 25 Millionen Mark.

Zehn Jahre finnische Sozialdemokratie.

Schon vor der Gründung der finnischen sozialdemokratischen Partei bestanden die finnischen Arbeiter eine gewisse Organisation. Sie waren Mitglieder der sogenannten Arbeitervereine, welche von bürgerlichen Harmoniepolitikern geleitet wurden. Doch wuchsen die Arbeiter mit der Zeit ihren Vereinstreibern über den Kopf. Der Delegiertenkongress in Abo, vom 20. Juli 1899 die sozialdemokratischen Grundzüge als für die Arbeiterpartei Finnlands maßgebend erklärt wurden, war der Anfang dieser Arbeitervereine. Bei der Abstimmung waren von

88 Delegierten, welche 94 Vereine vertraten, 56 für und 8 gegen die Annahme der sozialdemokratischen Grundzüge, während die übrigen sich neutral verhielten. Bald darauf schlossen sich noch 30 Vereine der Partei an, so daß die Zahl der Mitglieder am Schlusse des Gründungsjahres die Höhe von 9400 erreichte. Darunter waren auch schon 1009 Frauen.

Unter dem schweeren Druck, der damals auf Finnland lastete, fand die Mitgliederzahl 1900 auf 9180 und 1901 gar auf 9840. Aber schon 1902 begann die Mitgliederzahl wieder zu steigen und hat seitdem diese Tendenz beibehalten. Die entsprechenden Zahlen sind folgende: 1902 — 8551, 1903 — 13518, 1904 — 18610, 1905 — 45298, 1906 — 85027. Der letzte vorliegende Bericht über 1907 gibt keine vollständige Zahl an, da 197 Vereine eine neue Angaben eingesandt. Da aber die Zahl der zur Partei gehörigen Vereine in diesem Jahre von 937 auf 1156, und die Einnahmen der Partei von 108075 auf 2468066 Mark gestiegen waren, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahl der Mitglieder 1907 entsprechend gestiegen ist. Ende 1908 gehörten zur Partei 18 986 Frauen.

Man konnte bei der Gründung der Partei kaum voraussehen, daß sie in den nächsten Jahren instand sein würde, so tief und so nachhaltig in das politische Leben des Landes eingzugreifen, wie das wirklich der Fall gewesen ist. Die Bolschewische Politik drohte damals das ganze Leben Finnlands zu erlöchen. Jede Agitation und Propaganda wurde unterdrückt, wie ein Alp lastete die russische Polizei in allen ihren offenen und geheimen Formen auf allen kulturellen Formen des Volkslebens. Aber die unerträgliche Gewalt schuf schließlich eine Gegenkraft. Die Ungerechtigkeiten steigerte sich auf das höchste, die Bewegung konnte fast keine Grenzen, mit Gewalt wurde das Volk zum Kampfe herausgerufen.

Hier mußte die Sozialdemokratie den ausgepeinigten Massen als Wegweiser zu dienen, ohne Sowohl die Politik Bolschewisten, wie auch die der Konstitutionalisten und Sozialisten (Wittinen) in ihren Zielen gescheitert werden. Bolschewiken suchte das Landproletariat mit verlogenen Versprechungen zu ködern, um sie gegen die Konstitutionalisten aufzustellen; diese wieder suchte die Massen mit dem Schlagwort: „für den Konstitutionalismus“ zu gewinnen, indem sie für die Wiederherstellung der alten Verfassung agitieren die beiläufig nur den oberen Klassen Vorteile bot, während die breiten Massen politisch rechtlos blieben). Die Sozialdemokratie erwiderte jedoch das Heil des finnischen Volkes in einer häßlichen Unterwürigkeit und Rechtlosigkeit gegen die russische Gewalt. In diesen Wirrwarr mußte die Sozialdemokratie Aufklärung hineintragen. Trotz der beständigen Reaktion ist ihr dies glänzend gelungen.

Die finnischen Verfassungstämpfe, welche 1906 mit der Erhebung des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter und der Umwandlung des Ständelandtages in ein Einkammerparlament einen vorläufigen Abschluß fand, hatten viel früher begonnen. Die Sozialdemokratie stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht nur die Verfassung hergestellt werden müsse, sondern daß das Volk eine solche Verfassung beantragen könne, welche an Stelle der Privilegien der Stände das gleiche Recht für alle setze.

Die russische Revolution brachte den Absolutismus des Zaren zum Wanken. Das finnische Volk, die organisierte Arbeiterklasse an der Spitze, führte die Generalstreik in Finnland vor mittels des Generalstreiks vom Oktober 1905 und zwang die Regierung zu bedeutenden Konzessionen. Natürlich vermochte das finnische Proletariat das nur im Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung in Russland. Die finnische Sozialdemokratie verstand es, den Verlauf der Revolution in Russland aufmerksam verfolgen, den richtigen Moment zu wählen, um energisch zu handeln. Als hiernach die Reaktion in Russland einsetzte, war es ihr zu ihrem Scherz unmöglich, verbindend einzugreifen. Alles was sie konnte, war die Unterstützung der gestilligten Revolutionäre. In dieser Beziehung hat sie ihren russischen Kampfgenossen brüderlich beigefahren.

Der Generalstreik, der nachfolgende Verfassungstämpfe und die Wahltagation boten der Partei genügend Gelegenheit, um für die Ziele der Sozialdemokratie Propaganda zu machen. Die allmählich einsetzende Reaktion wurde immer drückender, der Konstitutionalismus, der sich bereits am Tage des Sieges der Reaktion an die Brust wusch, schloß bald darauf mit derselben ein förmliches Bündnis gegen die Revolution. Er lieierte die russischen Reichstämper, die nach Finnland geschickt waren, dem russischen Kaiser aus; er begann gegen den „inneren Feind“ allerlei Mährchen zu schmieden und zeigte sich

Soll wegen der russische Gewalt denselben unterwürdig wie die Sozialisten.

Die hiesigen die russische Gewalt denselben unterwürdig wie die Sozialisten. Die hiesigen die russische Gewalt denselben unterwürdig wie die Sozialisten.

lage. — Zur Frage der Altersversicherung erklärte sich der Redner für Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre.

Modernen Sklavenhandel und Transport.

Die Streikführeragenten in Deutschland haben ungewissheit den Sklavenhändlern manchen Geschäftsnutzen trefflich abgeduldet.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Wir wurden am Mittwoch, den 14. Juli, von dem Agenten Selberg bezogen, dessen Stellvertreter Delsing in Essen a. M. als Arbeiter angeworben.

„Gretel“ Goretz ist dann mit den Arbeitstilligen in eine Wirtschaft gegangen. Dort ist er verhaftet worden.

„Gretel“ Goretz ist dann mit den Arbeitstilligen in eine Wirtschaft gegangen. Dort ist er verhaftet worden.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Juli 1909.

Was Partei- und Gewerkschaftsagenen.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis hielt morgen, Donnerstag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Volksparks seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab.

Die Steuer auf Händwaren

tritt, wie nun nach dem verflorenen Kaufe des Steuerfubdelmüssels endgültig scheidet, nicht am 1. August, wie gestern gemeldet, sondern erst am 1. Oktober in Kraft.

Aus dem Gegenwartskomitee.

Gestern berichteten wir in einzelnen Details über das Eintommen des höchsten Reichsbeamten. Wollten wir die Einkommen gewisser Großkapitalisten vergleichen, dann könnten auf Minute und Sekunde noch ganz andere Beiträge zum Vorkiehn gebracht werden.

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

„An meiner Wohnungsstätte lautet es. Ich erkläre ein höchstens zehn Jahre alte, dürftig geführtes, teilweises Mann. „Weiß Deine Mutter, daß Du beteln gehst?“

Gewerkschaftliches.

Christlicher Gewerkschaftscongreß.

Am ersten Verhandlungstage erstattete der Generalsekretär S t e i n w a l d den Bericht über die Tätigkeit des Selbstauschusses im Laufe des letzten Jahres.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Aug. W e d e r - A r n s b e r g über die neue Reichsversicherungsbauordnung.

Metallarbeiter und Malkeier.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Gegen die Abwürgung der Malkeier, wie sie die Generalversammlung des Metallarbeiterverbands vorzunehmen beabsichtigte, wandten sich auch die Arbeiterverbände.

Bade-Anzüge

Mäntel, Laken, Zücher, Mützen, Hosen

Frottierhandschuhe, Seifenlappen, Kräusel- u. Gerstenkorntoffe in grösster Auswahl hervorragend billig

Table with 2 columns: Steppdecken, Ueberschlaglaken. Lists items like Satin-Diagonal, la. Satin mit Trikot, la. Satin m. Normalfutter, Wollfüllung, Daunen-Imitation, sehr leicht with prices.

Reform-Steppdecken

Daunendecken, Schlafdecken

Ueberschlaglaken in bester Ausführung Stück 5.50 5.00 4.50 Mark

bewährte Fabrikate von den billigsten bis feinsten Qualitäten in grösster Auswahl hervorrangend billig

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichsstraße 22/23.

Aus den Nachbarkreisen.

17. August 18. Bekanntmachung. In der Zeit vom 17. August bis 18. September findet die jährliche Haupt- und Gewerkschaftsversammlung im hiesigen Volkshaus durch den Gemeindevorstand...

20. Juli. Beiratskommission. Die in der letzten Versammlung gebildete Beiratskommission besteht aus fünf Personen. Vorsitzender derselben ist Reinhold Bauer...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

Das Messer im Beise brummen und sie abschließen. Das Schöffengericht verurteilte R. unter Verlesung seiner durch das Verbrechen der Mordbegünstigung hervorgerufenen Erregung, zu 20 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung...

20. Juli. Gemiserte Strafe. Der Bergmann Paul S. in Seiffen begann am Nachmittag des 4. November in einer dortigen Gastwirtschaft Streit mit einem Geiste und schlug mit einem Stuhle nach ihm. Der wiederholten Forderung des Wirtes, das Lokal zu verlassen, leistete er nicht Folge...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

20. Juli. Die Arbeiterbewegung an Ort und Stelle. Die Mitglieder in den hiesigen sechs Gewerkschaften betrug am letzten Juni 659. Von diesen 659 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gehören aber 286 als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei an...

beim über Haupt kein Recht hätte, erklärte der Beamte, er wäre ja geschäftig worden, um die Namen festzustellen. Leider ist es ihm denn auch gelungen, sämtliche Vorstandsmitglieder zu erlangen. Und so bekam der Vorsitzende des Vereins endlich das „amerikanische“ und erwartete Verbot des Erteilens von Turnamenterricht an Böglinge unter 17 Jahren, auf Grund der Tatsache, daß der Turnierer sich unterlassen hatte, seinen Namen bei der Bekanntmachung zu erbringen...

20. Juli. Achtung Arbeiter! Wir bitten hierdurch nochmals auf unsere am Montag im Volksblatt erschienenen Bericht hin; kein Arbeiter darf die Wittenberger Böglinge besuchen, solange nicht auch die Schützenbrüder gleiches Recht für alle gelten lassen. Sorge werde dafür, daß die Arbeiterchaft auch Disziplin hat. Also Zügel an und meidet den Beiratsrat.

20. Juli. Schlichter Streit. Seit circa 2 Wochen wird der in Wobitz wohnende Arbeiter D. Gomb, im Nebenamt Strickdienter, vermisst. Es wird ihm zur Last gelegt, sich in unästhetischer Weise an dem 11jährigen Waisen des Tischlereisters H. vergangen zu haben. Nach eigener Aussage des Waisens hat das religiöse Subjekt sich in der Tat an dem Waisen vergangen. Seine „Fingert“ vom Wobitz hat er durch einen Beweis bekräftigen lassen. Seine Wunden vor den Eltern wurde das arme Mädchen von dem Schulunterricht entbunden. Warum greift denn in dieser Sache die Staatsanwaltschaft nicht ein? Jweimal mußte der Vater des Waisens an die Preisinspektoren schreiben, ob er eine Antwort bekam. Letztere teilte mit, daß das Schreiben an die Schulinspektion nach Schluß abgegangen worden ist. Es wird erzählt, daß der Enkel die Schandtat wieder begangen und dieselben mit geistiger Unmündigkeit entschuldigt habe. So mußte es kommen.

In unsere Leser! Mit der heutigen Nummer beginnt in unserer Zeitung ein Provinzial-Bezugsquellen-Anzeiger zu erscheinen. Unsere verehrten Leser finden in diesem Anzeiger aus verschiedenen Orten eine Reihe Geschäfte nach Branchen geordnet. Der Verlag des Bezugsquellen-Anzeigers erucht die Leser des Volksblatts, bei ihren Einkäufen die Firmen zu berücksichtigen, welche in dem Verzeichnis aufgeführt sind.

Volkswirtschaftliches.

Preissteigerungen im Juni. Im Vergleich mit dem Monat Mai des 08. sind im Juni die Preise für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel und anderer Agrarprodukte kräftig gestiegen. Die statistische Korrespondenz ermittelt folgende Durchschnittspreise nach den Marktpreisen aus 10 Orten:

Table with 3 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste), Unit (e.g., 1000 kg), and Price (e.g., 261, 262, 188, 189).

Das sind wieder enorm. Erhöhungen, aber dem klan-schwachen Markt war die Befestigung des Marktes noch nicht gut genug, er hat dafür gezeigt, daß man auch noch für eine Reihe weiterer Artikel die Preise stetig in die Höhe schellen.

Der Währungs-Markt. Die Standard Oil Co. wird für das letzte Jahr schätzungsweise wieder rund 40 Millionen Dollar Dividenden ausschütten, bei einem Uberschuß von rund 80 Millionen Dollar. Seit ihrer Begründung ergeben sich folgende Gewinnsummen:

Table with 2 columns: Year (1909, 1908, 1907, 1906, 1905, 1904, 1903, 1902) and Dividend (e.g., 80 000 000, 80 000 000, 85 000 000, 88 226 511, 87 459 946, 61 670 110, 81 398 994, 64 618 363).

1909 80 000 000 80 885 880
1908 80 000 000 80 885 880
1907 85 000 000 85 885 880
1906 88 226 511 88 885 880
1905 87 459 946 88 885 880
1904 61 670 110 86 188 266
1903 81 398 994 82 477 478
1902 64 618 363 84 851 956

1909 80 000 000 80 885 880
1908 80 000 000 80 885 880
1907 85 000 000 85 885 880
1906 88 226 511 88 885 880
1905 87 459 946 88 885 880
1904 61 670 110 86 188 266
1903 81 398 994 82 477 478
1902 64 618 363 84 851 956

1909 80 000 000 80 885 880
1908 80 000 000 80 885 880
1907 85 000 000 85 885 880
1906 88 226 511 88 885 880
1905 87 459 946 88 885 880
1904 61 670 110 86 188 266
1903 81 398 994 82 477 478
1902 64 618 363 84 851 956

1909 80 000 000 80 885 880
1908 80 000 000 80 885 880
1907 85 000 000 85 885 880
1906 88 226 511 88 885 880
1905 87 459 946 88 885 880
1904 61 670 110 86 188 266
1903 81 398 994 82 477 478
1902 64 618 363 84 851 956

1909 80 000 000 80 885 880
1908 80 000 000 80 885 880
1907 85 000 000 85 885 880
1906 88 226 511 88 885 880
1905 87 459 946 88 885 880
1904 61 670 110 86 188 266
1903 81 398 994 82 477 478
1902 64 618 363 84 851 956

1909 80 000 000 80 885 880
1908 80 000 000 80 885 880
1907 85 000 000 85 885 880
1906 88 226 511 88 885 880
1905 87 459 946 88 885 880
1904 61 670 110 86 188 266
1903 81 398 994 82 477 478
1902 64 618 363 84 851 956

